presse

Finanztransaktionssteuer: Einigung darf nicht wieder aufgeweicht werden

Zur Kommunikation über die gestrige Einigung auf eine umfassende Finanztransaktionssteuer erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Kern der gestrigen Einigung ist, dass die Regierungskoalition jetzt endlich bereit ist, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auch dann zu betreiben, wenn die EU-weite Finanztransaktionssteuer nicht realisierbar ist. Der zweite zentrale Punkt der gestrigen Einigung ist, dass alle Fraktionen jetzt eine umfassende Finanztransaktionssteuer anstreben. Das Modell der britischen Stempel- oder Börsensteuer ist definitiv vom Tisch, erklärt Joachim Poß.

Kern der gestrigen Einigung zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen ist, dass die Regierungskoalition jetzt endlich bereit ist, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auch dann zu betreiben, wenn die derzeit verhandelte EU-weite Finanztransaktionssteuer nicht realisierbar ist. CDU/CSU und FDP sind endlich bereit zu Initiativen im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit bzw. der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Wie wir immer schon gefordert haben: Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer wenn nicht in allen 27 EU-Staaten, dann aber in einem ersten Schritt in neun EU-Staaten oder notfalls sogar in einem kleineren Kreis der Willigen.

Der zweite zentrale Punkt der gestrigen Einigung ist, dass alle Fraktionen jetzt eine umfassende Finanztransaktionssteuer einschließlich zum Beispiel der Besteuerung von Derivaten anstreben. Das Modell der britischen Stempel- oder Börsensteuer ist definitiv vom Tisch.

Ich kann nur alle davor warnen, jetzt durch einschränkende oder sogar verfälschende Interpretation des gestrigen Ergebnisses oder durch den nachträglichen Aufbau von neuen Hürden und Bedingungen die erzielte Einigung wieder aufzuweichen. Die SPD wird auf ihren "essentials" beharren und von ihrer Linie nicht abrücken.